

# HAMBURGER OSTERMARSCH

**Kriege beenden!**

**Abrüstung statt  
Sozialabbau!**

**Für eine  
Friedensstadt Hamburg**

**Ostermontag, 13. April 2009**

**12 Uhr Auftakt: Friedenskirche (Otzenstraße) Altona**

**11.30 Uhr Friedensandacht in der Friedenskirche**

**14 Uhr: Friedensfest auf dem Großneumarkt**

**Livemusik: Phillie Brandt u. Holger Burner (Rapper),**

**Rotdorn (Politfolk), Götz Steeger**

**Reden • Essen und Trinken • Infostände**

# Aufruf zum Hamburger Ostermarsch 2009

Der Finanzkrise folgt die Wirtschaftskrise und steigende Massenarbeitslosigkeit. Mit Steuermilliarden soll der Casino-Kapitalismus gerettet werden. Der Kampf gegen die Klimakatastrophe bleibt auf der Strecke. Der Hunger in der Welt nimmt noch weiter zu, weil die Lebensmittelpreise steigen, die Hilfen aber nicht. Auch bei uns wächst die Armut, besonders bei Kindern und Alten. Doch die Rüstungsausgaben werden weiter erhöht.

Unter dem Vorwand des *Kampfes gegen den Terror* führen die reichen Länder imperialistische Kriege, um rohstoffreiche und geostrategisch wichtige Regionen unter ihre Kontrolle zu bringen. Die US-Besatzung im Irak hält an, weiter unterstützt durch die Bundesregierung. Der Krieg in Afghanistan eskaliert und greift auf Pakistan über. Die Zahl der Opfer steigt, die Not der Bevölkerung nimmt zu. NATO und Bundesrepublik setzen noch mehr Truppen ein. Die Bundesregierung treibt Deutschland immer weiter in diesen Krieg hinein.

Der *Kampf gegen den Terror* muss gehalten für den Abbau demokratischer Rechte, den Umbau der Bundesrepublik zum Überwachungsstaat und neue Möglichkeiten zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

Die Bundesregierung unterstützt die völkerrechtswidrige Kriegs- und Besatzungspolitik Israels gegen Palästina, auch mit Rüstungsgütern. Dadurch ist sie mitverantwortlich für die Leiden der palästinensischen Bevölkerung sowie die Gefährdung der gesamten Region und einer friedlichen Zukunft Israels.

Im April dieses Jahres feiert die NATO ihren 60. Gründungstag. Laut Vertrag ist die NATO ein Verteidigungsbündnis mit beschränktem Einsatzbereich, das an das Völkerrecht gebunden ist, welches Angriffskriege verbietet. Tatsächlich hat sie sich zu

einem Bündnis für weltweite Aggressionskriege entwickelt wie auf dem Balkan und in Afghanistan. In Europa betreibt sie mit ihrer Osterweiterung und der Raketenstationierung eine gefährliche Einkreisungspolitik gegen Russland.

Nach dem Ende der Ära Bush setzen viele ihre Hoffnung auf Obama. Die Friedensbewegung ist da skeptisch, schon weil er mehr Truppen nach Afghanistan schicken will. Die US-Friedensbewegung erhöht den Druck für eine Friedenspolitik und verstärkt den Widerstand gegen die Kriege im Irak und in Afghanistan. Gerade im Wahljahr 2009 wollen auch wir den Druck auf unsere Regierung erhöhen: Gegen eine Politik des Krieges, des Sozialabbaus und der Einschränkung demokratischer Rechte!



## Kriege beenden – Konflikte beilegen

- Ende der illegitimen Besatzung im Irak!
- Schluss mit der Nutzung der US-Stützpunkte in der Bundesrepublik für die Kriege der USA!
- Faire Verhandlungen mit dem Iran, keine Sanktionen und Kriegsdrohungen!
- Frieden, Selbstbestimmung und Souveränität für Afghanistan, Entwicklungshilfe statt Militärintervention, Truppen raus, Abzug der Bundeswehr!
- Keine Unterstützung der Kriegs- und Besatzungspolitik Israels, keine Rüstungslieferungen an Israel!
- Abrüstung und Auflösung der NATO statt Raketenstationierung und Osterweiterung!
- Die Bundesregierung muss Druck auf die israelische Regierung ausüben, da-

mit sie die völkerrechtswidrige Besatzung beendet und das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Palästinas respektiert.

## Für eine gerechte Weltordnung

- Schluss mit der neoliberalen Ausbeutung der Welt, für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung!
- Entwicklungshilfe statt Rüstungsexport, Militärintervention und Aufrüstung!
- Für die Achtung des Völkerrechts und der UN-Charta.
- Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl, Bleiberecht für alle Flüchtlinge, keine Abschiebung in Kriegsgebiete!

## Abrüstung statt Sozialabbau

- Schluss mit der Aufrüstung der Bundeswehr für weltweite Einsätze, Auslandseinsätze beenden!
- Abrüstung der Bundeswehr bis zu ihrer vollständigen Abschaffung, damit endlich Mittel frei werden für Arbeit, Bildung, Kultur, Soziales, Friedensforschung und zivile Konfliktlösungen!
- Keine deutsche Teilhabe an der Atomwaffenpolitik von USA und NATO, Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland, Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!

## Kein Abbau demokratischer Rechte

- Mehr Demokratie und Mitbestimmung, keine Bespitzelung von Bürgerinnen und Bürgern!
- Keine Bundeswehreinmächtigkeiten im Inneren!

## Für eine Friedensstadt Hamburg

- Beendigung der Patenschaft für die Fregatte „Hamburg“!
- Keine Rüstungsproduktion in Hamburg!
- Keine Rüstungsexporte über Hamburg!
- Keine Kriegsschiffsbesuche im Hamburger Hafen!

## Dieser Aufruf wird unterstützt von:

Akademiker Initiative Hamburg e.V. • Ausschuss für Friedenserziehung der GEW Hamburg • Jürgen Baumann, Lagerverwalter • Rolf Becker, Schauspieler, ver.di Fb Medien • Hans Heinrich Beerbaum, Rentner, ver.di • Esther Bejarano • Walter Bräker, Vors. NaturFreunde Hamburg • Wolfgang Bräu, Dipl.-Soz.-Ök. • BRAKULA • Ralf Brodser, Fraktionsgeschäftsf. DIE LINKE Wandsbek • Bündnis gegen imperialistische Aggression • Krista Deppe, IG Metall • Deutsch-Palästinensischer Frauenverein Hamburg • DFG-IDK • DFG-VK Hamburg/Schleswig-Holstein • DIE LINKE Landesverband Hamburg • DIE LINKE HH-Nord • DKP Hamburg • Anke Ehlers, DIE LINKE Wandsbek • Tim Ellerbrock • Hanna-E. und Ekke Fetkötter • FI Bramfeld • FI Niendorf • FI Rissen • Flüchtlingsrat Hamburg • Freie Humanisten e.V. Hamburg • Friedenswerkstatt Wedel • Jürgen Friederichs, Hamburger Medienschaufenster • Otmar von Frieling • FSR Theologie an der Uni HH • Doris Gercke, Autorin • GEW Landesverband Hamburg • Bernd Hahnfeld, IALANA • Peter Heim, Fraktionsvors. DIE LINKE HH-Nord • Hildegard Heinemann, Dipl. Soz. Ök. • Lühr Henken • Helgrid Hinze, Hamburger Arbeitslosen- und Armeninitiative • Ursel Hochmuth, VVN-BdA • Helene Hohmeier, FI NaturFreunde HH • Humanistische Union LV Hamburg • Informationskreis Rüstungsgeschäfte in Hamburg • Internationale Sozialistische Linke • IPPNW „Ärzte für Frieden und soziale Verantwortung“ e.V. Regionalgruppe Hamburg • Koordinationsrat der Iranerinnen und Iraner in Hamburg e.V. • Ilse Jacob, VVN-BdA • Günther Kahl, Architekt • Erika Kaptein, Rentnerin • Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten Hamburg • Abraham Karimi • Carola Kieras • Renate u. Dr. Wolfgang Kirstein • Karin Kleinholz • Eva Kowalski-Stasiak • Christian Kruse, Bez.-Vorst. DIE LINKE Wandsbek • Kuratorium Gedenkstätte Ernst Thälmann • André Lenthe, Bildredakteur • Dr. Manfred Lotze • Dieter Lünse • Hans-Hermann Mack, VVN-BdA • Peter May, Schauspieler • Harald Mayer, Lehrer • Rachid Messaoudi, Bezirksvors. DIE LINKE HH-Nord • Gudrun Meyer, Rentnerin • Holger Meyer, DKP • Nicolai Meyer, Bez.-Vorst. DIE LINKE HH-Nord • NaturFreunde Hamburg e.V. • PädagogInnen für den Frieden Hamburg • Palästina Arbeitskreis Hamburg • Peggy Parnass, Publizistin • Franz-Josef Peine, DKP, Bez.-Abg. DIE LINKE HH Nord • Politfolk-Gruppe „Rotdorn“ • Thea Rann, DKP, FI Bramfeld • Lothar Reckert, Bio. Ing. • Hartmut Ring, PädagogInnen für den Frieden - Bundessprecher • Heike Rooks, Vorst. DIE LINKE Alstertal/Walddorfer • Rotdorn Fanclub • Eugen Schanz, DKP • Peter Schenzer, Sozialarbeiter • Gerd Schneiderei, Indus-triekaufmann • Gernot Schultz, Bez.-Abg. DIE LINKE Wandsbek • Benjamin Schwenke, Dipl.-Soz. • Uta Segler, VVN • Katharina Seifert, Altenpflegerin • Dr. Anna Staufenberg-Wandschneider, Ärztin • Klaus Struck, Dipl.-Ing. • Lisa Sukowski, VVN • Frank Teichmüller • Rainer Tichy, Stv. Fraktionsvors. DIE LINKE Wandsbek • Angelika Traversin, Stv. Fraktionsvors. DIE LINKE HH-Nord • Jan Ulrich • Sönke Wandschneider, Theologe • Dirk Wilke, Betriebsratsvorsitzender • Willi Bredel Gesellschaft • Susann Witt-Stahl, Journalistin • Hartwig Zillmer, Lehrer

## Israels Gaza-Krieg – Selbstverteidigung oder Aggression?

Die soziale Lage der 1,5 Millionen Palästinenser im Gazastreifen ist seit langem miserabel. Bereits 1999 mussten laut Weltbank 52 % unterhalb der Armutsgrenze leben. Nach dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 verweigerte Israel obendrein die Auszahlung von Steuer- und Zolleinnahmen nach Gaza und schloss nach der Machtübernahme der Hamas am 12. Juni 2007 die Grenzübergänge. Zwei Tage danach stellten die USA und die EU sämtliche Kontakte und Überweisungen ein. Mehreren zehntausend palästinensischen Arbeitern ist ihr Arbeitsplatz in Israel seitdem versperrt. Die Weltbank schätzt, dass in Gaza seit Beginn der Blockade 98 % der Betriebe still stehen. 80 % der Menschen sind von internationalen Hilfslieferungen abhängig. Gaza drohte ausgehungert zu werden.

Binnen sieben Jahren wurden aus dem Gazastreifen etwa 10.000 Kurzstreckenraketen abgeschossen. Sie terrorisierten die Menschen in Südisrael und forderten drei Todesopfer. Eine von Ägypten zwischen der Hamas und Israel ausgehandelte sechsmonatige Waffenruhe trat am 19. Juni 2008 in Kraft. Die Raketenangriffe aus dem Gazastreifen reduzierten sich daraufhin schlagartig von durchschnittlich 355 im Monat bis Oktober



auf durchschnittlich sieben. Eine völlige Waffenruhe gab es insofern nicht. Der Wunsch der Hamas, Israel möge endlich die Blockade aufheben, erfüllte sich nicht. Während Israel vor der Blockade täglich etwa 700 LKW in den Gazastreifen ließ, waren es jetzt durchschnittlich nur ein Fünftel davon. Zu Verhandlungen

über einen Gefangenen austausch kam es nicht. Hamas nahm den massiven Raketenbeschuss wieder auf, nachdem Israel auf den Bau eines Tunnels auf Gaza-Gebiet am 4. November 2008 militärisch reagierte und dabei sechs Palästinenser tötete. Hamas hatte sich zu einer Fortsetzung der Waffenruhe bereit erklärt, unter der Voraussetzung, dass Israel die Blockade beendet. Dazu war Israel nicht bereit.

Israel setzte auf Krieg. Der israelische Generalstabschef Ashkenasi begann bereits Anfang 2007, den Gaza-Krieg vorzubereiten (FAZ 9.1.09). Konkret wurde die Planung mit Beginn der Waffenruhe im Juni 2008. Ohne das Ende ihres Ultimatums an die Hamas abzuwarten, warfen 64 israelische Kampfflugzeuge am 27. Dezember innerhalb von drei Minuten 100 Tonnen Bomben auf Gaza und töteten etwa 250 Menschen. Das Ultimatum stellte sich als heimtückisches Täuschungsmanöver heraus. Die Bilanz nach 22 Tagen Krieg war furchtbar: Die UN gab die Zahl der Getöteten mit 1314 an, darunter 412 Kinder und 110 Frauen. 5320 Menschen wurden verletzt, darunter 1855 Kinder. 90.000 Menschen wurden aus ihrem Zuhause vertrieben. Über 20.000 Wohneinheiten wurden völlig oder teilweise zerstört. Außerdem wurden 50 UN-Einrichtungen beschädigt, 28 öffentliche Gebäude wie Ministerien und das Parlament, 30 Moscheen, 60 Polizeiposten, 10 Sozialzentren, 21 Gaststätten und fünf Zementfabriken zerstört. In Israel gab es 13 Todesopfer, davon vier Zivilisten, und 182 Verletzte. Israel setzte über dicht besiedeltem Gebiet verbotene Phosphorgranaten ein, die tiefe Brandwunden hinterlassen. Außerdem wurden aus Panzerkanonen geächtete Flechettes verschossen, die kleinen Dartpfeilen ähneln und fürchterliche Wunden reißen.

Israel begründete seinen Krieg mit dem Recht auf Selbstverteidigung. Richard Falk, Berichterstatter des UN-Menschenrechtsrats für die palästinensischen Gebiete, sprach Israel hier jedoch dieses

Recht ab, weil es durch die Raketenangriffe, die er zu Recht als Verletzung des humanitären Völkerrechts qualifizierte, in der Zeit der Waffenruhe bis zum 27. Dezember keine Toten in Israel gegeben habe. Außerdem habe es Israel an Bemühungen fehlen lassen, den Gewalteininsatz durch Verhandlungen zu vermeiden, und den Menschen keine Fluchtmöglichkeiten gelassen. Auch dies stelle eine Verletzung des humanitären Völkerrechts dar.

Häufig wird angeführt, dass die Hamas-Charta von 1988 die Vernichtung Israels anstrebe und Verhandlungen als Zeitverschwendung bezeichne. Ganz so einfach ist das aber nicht. Denn zwischenzeitlich wurden andere Positionen laut. Die Führer der Hamas haben sich mehrfach für eine Zweistaatenlösung ausgesprochen, was eine Anerkennung Israels mit sich bringen würde. Der frühere US-Präsident Carter wird im April 2008 nach Gesprächen mit der Hamas zitiert: „Er habe keine Zweifel daran, dass die arabische Welt und die Hamas bereit seien, Israel in den Grenzen von 1967 anzuerkennen.“ (FAZ 22.4.08)

### Deutsche Juden und Jüdinnen sagen NEIN zum Morden der israelischen Armee

Anzeige in der Süddeutschen Zeitung vom Samstag, 17. Januar 2009, S. 10, links unten - Auszüge -

.....

Wir sind über diese Unmenschlichkeit erschüttert. Dass das europäische Judentum Opfer eines von Deutschland verübten mörderischen Unrechts wurde - gibt dies nun dem jüdischen Staat das Recht, Anderen Unrecht zu tun? Glauben deutsche Politiker wirklich, es sei eine Wiedergutmachung der Ermordung unserer jüdischen Verwandtschaft, dass nun Israel haltlos und bindungslos alles machen darf, was ihm einfällt?

Wir appellieren an die deutsche Regierung darauf hinzuwirken, dass die EU-Kommission dem Morden in Gaza ein Ende setzt. Der Schlüssel zu einem Ende des Bombardements von Gaza und der erdrückenden jahrelangen Blockade Gazas durch Israel liegt bei der EU. Es gibt keine Alternative zu Verhandlungen mit Hamas, denn dies ist die gewählte Vertretung der Palästinenser. Hamas benutzt terroristische Methoden, aber das tut die gewählte Vertretung Israels auch, und zwar hundertfach effektiver.

**Israel kann durch Abschreckung nur einen Pyrrhusfrieden erzielen. Durch Verhandlungen über eine gerechte Lösung für die Palästinenser, ein Ende der Besiedlung der West Bank und der Blockade Gazas hätte Israel schon längst maximalen Schutz für die eigene Bevölkerung herstellen können: Einen dauerhaften Frieden. Dahin muss die internationale Gemeinschaft Israel bringen.**

Galit Altshuler, Asaf Angermann, Esther Bejarano, Stacey Blatt, Prof. Dr. Michal Bodemann, Gideon Boss, Dr. Eliav Brand, Elias Davidsson, Prof. Dr. Almut Sh. Bruckstein-Çoruh, Prof. Dr. Wolfgang Edelstein, Hedy Epstein, Ursula Epstein, Erica Fischer, Ilil Friedman, Ruth Fruchtman, Iris Hefets, Dr. Ronit Land, Dr. Jean Joseph Lévy, Jonathan Kaiser, Michal Kaiser-Livne, Dr. Kate P. Katzenstein-Leiterer, Felicia Langer, Mieciu Moshe Langer, Dr. Edith Lutz, Abraham Melzer, Petra Mendelsohn, Moshe Perlstein, Prof. Dr. Fanny-Michaela Reisin, Michael Riese, Prof. Dr. Paul Otto Samuelsdorff, Nirit Sommerfeld, Tanya Ury, Prof. Dr. Rolf Verleger, Dr. Susan Winnett, Barbara Wolterstädt

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost





## NATO abrüsten und abschaffen

Die Friedensbewegung ruft für die Zeit vom 1. bis 5. April 2009 zu Aktionen in Strasbourg und Baden-Baden auf – insbesondere zu einer internationalen Demonstration am Samstag, dem 4. April, 13 Uhr, in Strasbourg. Der Anlass: Die NATO-Regierungschefs feiern das 60jährige Bestehen des Bündnisses. Warum gegen die NATO demonstrieren? Die NATO ist seit dem Tag ihrer Gründung ein aggressiver Militärpakt, der mit der Androhung eines Atomkrieges gegen die Sowjetunion für das atomare Wettrüsten verantwortlich ist. 40 Jahre Wettrüsten brachte den Planeten an den Rand der atomaren Vernichtung. Anstatt sich nach ihrem Sieg im Kalten Krieg über die zu Tode gerüstete Sowjetunion ebenso aufzulösen wie ihr Gegner, der Warschauer Pakt, ersann sie neue Aufgaben außerhalb ihres Bündnisgebiets und führte drei Kriege: 1995 in Bosnien, 1999 – völkerrechtswidrig – gegen Jugoslawien um das Kosovo und seit 2003 in Afghanistan. Die NATO wurde zu einem weltweit agierenden Kriegsbandnis ausgebaut, das den Sieg in Afghanistan zur Nagelprobe für das Bündnis erklärt hat.



Die Osterweiterung der NATO schreitet voran. Die zugesagte Aufnahme der Ukraine und Georgiens würde neue gefährliche Konfrontationslinien schaffen. Von einem Raketenabwehrsystem fühlt sich Russland bedroht. Die NATO hält an der Option des Ersteinsatzes von Atomwaffen fest.

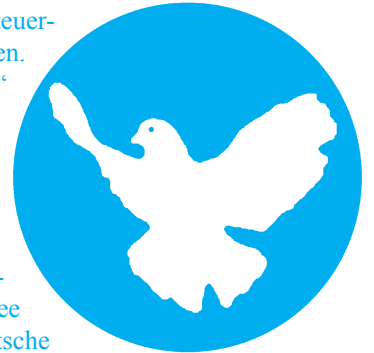
Nach Vorarbeiten für ein neues Strategisches Konzept, dessen Erarbeitung im April in Auftrag gegeben werden soll, sollen diese Pläne festgeschrieben werden. Kriege sollen auch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats möglich sein. Das ist völkerrechtswidrig. Damit will sich die NATO über die UNO stellen. Das Kriegsbandnis NATO ist und bleibt der zentrale Unsicherheitsfaktor auf dem Globus. Die NATO gehört abgerüstet und abgeschafft. (mehr: <http://www.no-to-nato.org>)

## Die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und die NATO

Die ungerechte Weltwirtschaftsordnung kommt zum Beispiel darin zum Ausdruck, dass die drei reichsten Personen über so viel Geld verfügen wie die 57 ärmsten Staaten. Die Ungleichheit, die das kapitalistische Weltsystem hervorbringt, führt dazu, dass 1,2 Milliarden Menschen ohne sauberes Trinkwasser leben müssen und 923 Millionen an Hunger leiden. Laut jüngstem Bericht des UN-Generalsekretärs sterben pro Jahr eine Million Menschen an Malaria, täglich also mehr als 2750. Zwei Milliarden Dollar pro Jahr würden ausreichen, um diese Menschenleben zu retten. Die Millenniumsziele der UNO sind in Gefahr. Lediglich etwa 60 Milliarden Dollar jährlich mehr, würden ausreichen, um bis 2015 die Zahl der extrem hungernden und armen Menschen zu halbieren, allen eine Grundschulausbildung zu geben, die Kindersterblichkeit um zwei Drittel zu senken und die Zahl derer zu halbieren, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Allein am politischen Willen fehlt es, denn Geld ist genug da: Hunderte von Milliarden zur Stützung des Casinokapitalismus, zig Milliarden für Bonuszahlungen an Banker und über tausend Milliarden für Aufrüstung und Krieg. Die weltweiten Militärausgaben sind 2007 auf 1339 Milliarden Dollar gestiegen. 70 % dieses Betrags werden von den 26 NATO-Mitgliedstaaten für ihren überbordenden Militärapparat ausgegeben, um ihren Reichtum und die ungerechte Weltwirtschaftsordnung zu sichern.

## Mit Kriegsschiffen aus Hamburg in den Krieg?

In Hamburg befindet sich mit Blohm+Voss das Zentrum des europäischen Werftenverbands ThyssenKrupp Marine Systems AG (TKMS), das die Federführung im Überwasserkampfschiffbau und im U-Boot-Bau für die deutsche Marine hat. Die U-Boote des Typs 212, auf der TKMS-Werft HDW in Kiel gebaut, sind die kampfstärksten nicht-atomar angetriebenen U-Boote überhaupt. Für die drei Fregatten der F 124-Klasse hatte TKMS die Federführung. Eine Fregatte kostet 733 Millionen Euro und ist die teuerste deutsche Waffe aller Zeiten. Mit der Fregatte „Hamburg“ pflegt der schwarz-grüne Senat eine Patenschaft. 2008 erhielt TKMS als Generalunternehmer den Auftrag, vier Fregatten des Typs F 125 zu bauen, die „Operationen in einem Einsatzland mit Waffenwirkung von See unterstützen“ sollen, so der deutsche Marineinspekteur Nolting. Dafür sollen die Fregatten Mehrfachraketenwerfer mit Reichweiten bis zu 100 km erhalten. TKMS hatte auch die Federführung beim Bau von fünf neuartigen Korvetten mit Tarnkappeneigenschaften für die deutsche Marine. Ihre nicht abfangbaren Marschflugkörper mit mehr als 200 km Reichweite machen Überraschungsangriffe möglich. Diese Rüstungspolitik hat mit Landesverteidigung nichts zu tun, sondern ist Ausdruck einer zunehmend aggressiven Außenpolitik, die im Widerspruch zum Grundgesetz steht: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“ (Art. 87a).



## Bombodrom:

### Es bleibt dabei, die Heide wird frei!

In Brandenburg entsteht der zentrale Luft/Boden-Schießplatz der NATO in Europa. Die Bürgerinitiative FREIEHEIDE ([www.freieheide.de](http://www.freieheide.de)) setzt sich gemeinsam mit anderen Gruppen für eine friedliche Nutzung ein. Kommt deswegen in die Kyritz-Ruppiner Heide zur



**Osterwanderung**  
am Sonntag, 12. 4. 09, 14 Uhr,  
ab Fretzdorf (Kirche)  
Autobahn A 24, Hamburg-Berlin,  
Ausfahrt 21, Herzsprung